

Dienstag 17. Februar 2015

Nummer 658

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf  und 

App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

Russland, die Ukraine und das Internationale Recht

Autor : Jean-Dominique Giuliani



Die Beurteilung des russischen Vorgehens in der Ukraine stiftet großes Verwirren. Nicht selten überschatten dabei Propaganda und Nostalgie eine rationale Analyse der Lage. Um die Situation dennoch besser verstehen zu können, widmet sich Jean-Dominique Giuliani in seinem Beitrag den rechtlichen Aspekten, einem imminently politischen Thema. Er spricht davon, dass man den russischen Ressentiments nicht klein begeben dürfe. Die Ukraine müsse von allen Bevormundungen befreit werden: Sie soll ihre nationalen Interessen und Visionen selbst bestimmen. Deswegen analysiert der Beitrag auch nur die Auswirkungen der Krise auf das internationale Recht.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Stiftung : Editorial - Deutsch-Französisch **Kampf/Terrorismus** : Europäischer Rat - Parlament - Spanien/Portugal - Italien **Finanzkrise** : Wachstum/EU - G20 - Frankreich - Griechenland **Kommission** : Handel/USA - Ländliche Entwicklung **Parlament** : Steuervorbescheide - Folter/CIA - Sicherheit im Straßenverkehr **Rat der Europäischen Union** : Sanktionen - Eurogruppe - Haushalt **Diplomatie** : Ukraine/Russland - Serbien/Kosovo **Europäische Agenturen** : Weltraum **Deutschland** : Handel **Kroatien** : Präsidentin **Dänemark** : Anschläge **Frankreich** : Rafele **Niederlande** : Landwirtschaft **Rumänien** : Reformen - Frankreich - IWF **Großbritannien** : Wirtschaft **Ukraine** : Waffenstillstand? - G7 - Rat/EU - IWF **Schweiz** : Einwanderung - Fiskus **Eurostat** : Handel - Investitionen **Eurobarometer** : Cyberkriminalität - Demokratie/EU **Berichte / Studien** : Gleichheit - Verteidigung - Frankreich **Kultur** : Ausstellung/Bäle - Ausstellung/Oslo - Foto/Wettbewerb - Kino/Berlin - Festival/Reims

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Stiftung :

Appel von Jean-Dominique Giuliani



In Erinnerung an einen Ausspruch in der Robert Schuman Erklärung vom 9. Mai 1950, appelliert Jean-Dominique Giuliani, Präsident der Stiftung, an die Europäer, endlich wach zu werden. Nur so kann man den strategischen Herausforderungen, die Europa gerade bedrohen, auch begegnen... [Fortsetzung](#)

Deutsch-Französischer Journalistenpreis für 2015



Die Bewerbung für den deutsch-französischen Journalistenpreis 2015 ist noch bis zum 1. März möglich. Während dieser Zeit ist es möglich eine Kandidatur in den Bereichen Video, Audio, Print, Multimedia einzureichen. Die Anmeldung erfolgt über das Internet. Auch Fernsehzuschauer, Radiohörer und Leser können Reportagen und Artikel empfehlen. Neben Journalisten können sich auch Redaktionen mit Arbeiten bewerben, die sie vor dem 1. März 2015 zum ersten Mal veröffentlicht haben. Die Beiträge sollten dabei in

beispielhafter Weise deutsche Themen aus einem französischen Blickwinkel beleuchten oder umgekehrt. Auch deutsch-französische Themen im europäischen Kontext sind möglich. Der Preis wird am 1. Juli in Paris verliehen... [Fortsetzung](#)

Kampf/Terrorismus :

Zusammenkunft des Europäischen Rates zum Terrorismus



Die 28. Staats- und Regierungschefs der EU haben bei einer Zusammenkunft des Europäischen Rates am 12. Februar in Brüssel die Verhandlungen in Minsk als einen möglichen Ausgang aus der Krise im Osten der Ukraine bezeichnet. Das Ratstreffen war bereits nach den Attentaten von Paris angesetzt worden und hatte deshalb auch den Kampf gegen den Terrorismus innerhalb der EU zum Thema. Diesbezüglich zeigte man sich einig und entschlossen "die Feinde der Europäischen Werte zu bekämpfen". Als nicht verhandelbar gelten Solidarität, Meinungsfreiheit, Demokratie, Toleranz und Schutz der menschlichen Würde. Der Europäische Rat definierte diesbezüglich auch die Bestandteile im Kampf gegen den Terrorismus. Priorität hat die Sicherheit der Bürger (deshalb soll möglichst schnell eine Richtlinie in Sachen PNR beschlossen werden, die die Kontrolle der Schengener Außengrenzen sowie der Kooperation und dem Informationsaustausch zwischen Europas Geheimdiensten und Behörden dienen). Auch die Schutz der europäischen Werte und Vorbeugemaßnahmen gegen Radikalisierung haben obersten Stellenwert (der Toleranzgedanke soll gestärkt und terroristische Ideologien unterbunden werden, gegen die Radikalisierung in Gefängnissen soll vorgegangen werden). Den gleichen Stellenwert haben die internationale Kooperation (Kampf gegen die Krisen und Konflikte im Mittleren Osten, Dialog mit Drittstaaten)... [Fortsetzung](#)

Resolution für einen stärkeren Schutz gegen den Terrorismus



Die Abgeordneten des europäischen Parlaments haben am 11. Februar eine Resolution verabschiedet, die den Schutz der EU gegen den Terrorismus stärken soll. Angenommen wurde sie mit 532 Stimmen, bei 136 Gegenstimmen und 26 Enthaltungen. Die Parlamentarier fordern mit dieser Resolution die Einführung eines Anti-Radikalisierungsprogramms, die Stärkung der Kontrollen an den Außengrenzen des Schengen-Raums und einen besseren Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten. Außerdem appellierten sie an die Mitgliedsstaaten beim Datenschutz voranzuschreiten und parallel dazu Verhandlungen zur Fluggastdatenspeicherung (PNR) zu führen. Die Abgeordneten erklärten sich bereit alles mögliche zu tun, "um die PNR Richtlinie bis zum Ende des Jahres 2015 abschließen zu können"... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Spanisch-portugiesische Kooperation bei Terrorismusbekämpfung



Anlässlich eines Amtsbesuchs am 9. Februar in Lissabon hat der spanische Innenminister Jorge Fernández seinen portugiesischen Amtskollegen Diaz Anabela Miranda Rodrigues getroffen. Die beiden Minister erklärten bei diesem Treffen stärker Informationen über Dschihadisten und Radikalisierungstendenzen in ihren beiden Ländern austauschen zu wollen. Sie wollen sich ebenso eng bei innenpolitischen Fragen innerhalb der EU absprechen. Der spanische Innenminister informierte seinen portugiesischen Kollegen ebenso über die aktuellen Maßnahmen, die die Regierung Rajoy im Kampf gegen den Terrorismus eingeführt hatte. Sie sind Teil des "nationalen Strategieplans zum Kampf gegen Radikalisierung", die der spanische Ministerrat am 20. Januar angenommen hatte... [Fortsetzung](#)

Anti-Terror-Dekret in Italien



Der italienische Ministerrat hat am 10. Februar dem Anti-Terror-Dekret zugestimmt. Dem Anti-Terror- und Anti-Mafi-Staatsanwalt wird der Auftrag zufallen die Operationen auf nationaler Ebene zu koordinieren. Das Dekret legt den Schwerpunkt auf Präventionsmaßnahmen. Die Teilnahme an Kampfhandlungen im Ausland stellt künftig ein Verbrechen dar (vorher wurde nur die Rekrutierung als ein solches behandelt). Diejenigen, die gegen den Islamischen Staat kämpfen sind davon aber nicht betroffen. Allen Personen, die sich einer der Terrororganisation anschließen droht eine Freiheitsstrafe zwischen drei und sechs Jahren, für Unterstützer von ausländischen Kämpfern gilt dasselbe. Sogenannte "einsame Wölfe" müssen mit einer Gefängnisstrafe zwischen fünf und zehn Jahren rechnen. Ebenso werden Bewegungen im Internet stärker überwacht werden. Es soll dann auch möglich sein Seiten zu verbieten, die den Terrorismus glorifizieren... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Wachstum von 0,4% in der EU im 4. Quartal von 2014



Eine Eurostat-Studie vom 13. Februar hat festgestellt, dass das BIP in der Eurozone um 0,3% und in der EU um 0,4% im letzten Quartal von 2014 (verglichen mit dem Vorquartal) angestiegen ist. Verglichen mit dem 4. Quartal von 2013 erhöhte sich das BIP gar um 0,9% in der Eurozone und um 1,3% in der EU. Auf das gesamte Jahr 2014 gerechnet nahm das BIP in der Eurozone um 0,9% zu, gegenüber 1,4% in der EU. Die stärksten Zuwächse des nationalen BIPs wurden in Estland (+1,1%), Ungarn (+0,9%), Spanien (+0,7%) und Deutschland (+0,7%) verzeichnet... [Fortsetzung](#)

Zusammenkunft der G20 Wirtschaftsminister zum Wachstum der Weltwirtschaft



Bei ihrem Treffen in Istanbul nahmen die Finanzminister und Zentralbanker der G20, die zusammen 85% der Weltwirtschaftsleistung auf sich vereinigen, eine "ungleichmäßige" Verbesserung der weltweiten Wachstumsaussichten zur Kenntnis. Sie betonten aber auch, wie wichtig es sei eine angepasste Geldpolitik in vielen Industrieländern beizubehalten, vor allem in jenen, in denen eine "dauerhafte Stagnation" droht. In ihrer Abschlusserklärung erneuerten die G20-Mitglieder ihre in Brisbane Ende 2014 eingegangene Verpflichtungen für ein starkes Wachstum. Sie bekundeten auch ihren Willen weiter in Sachen Finanzmarktregulierung und im Kampf gegen Steueroptimierung voranzureichen zu wollen... [Fortsetzung](#)

Ein Plan gegen die Langzeitarbeitslosigkeit in Frankreich



Der französische Arbeitsminister François Rebsamen hat am 9. Februar einen Plan vorgestellt, mit dem er die Langzeitarbeitslosigkeit (länger als ein Jahr in Arbeitslosigkeit) bekämpfen will. Die Zahl der seit langer Zeit Erwerbslosen stieg 2014 auf 9,7%. Angesichts dieser alarmierenden Zahlen schlägt der Plan 20 Maßnahmen vor, um Menschen ohne Arbeit zu helfen. Oftmals erschweren das Alter, das Bildungsniveau, die fehlende Mobilität, ein fehlender fester Wohnsitz, Gesundheitsprobleme oder eine fehlende Kinderbetreuung die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Der Staat will deshalb die Zahl der Arbeitslosen, die eine "intensive Begleitung" bekommen von heute 230.000 auf 460.000 2017 verdoppeln (gegen Ende des Jahres 2015 sollen es bereits 350.000) sein. Ein seit Januar existierendes, persönliches Ausbildungskonto erlaubt es Arbeitslosen schneller auf Weiterbildungen zuzugreifen. Einerseits wendet sich das Programm somit direkt an Arbeitslose. Andererseits hilft der Staat auch bei der Bewältigung alltäglicher Probleme. So wird beispielsweise die staatliche Unterstützung bei der Kinderbetreuung (vorzugsweise für Arbeitssuchende in Kindergärten) oder in Notunterkünften verstärkt... [Fortsetzung](#)

Moody's senken Rating für griechische Banken herab



Die Ratingagentur Moody's hat am 9. Februar die Bewertungen von fünf griechischen Banken herabgesetzt: Betroffen sind die Piräus Bank, die National Bank of Greece, die Alpha Bank, die Eurobank und die Attica Bank. Alle griechischen Institutionen bleiben unter Beobachtung, weitere Herabstufungen sind jederzeit möglich... [Fortsetzung](#)

Kommission :

TTIP: EU-Vorschläge zur Zusammenarbeit in Regulierungsfragen



Die Europäische Kommission hat am 10. Februar die zum Vorschlag stehenden Positionspapiere vorgestellt, auf deren Basis die EU mit den USA im Rahmen der transatlantischen Handels- und Investitionsgemeinschaft in Regulierungsfragen zusammenarbeiten möchte. Die Vorschläge wurden offiziell Anfang Februar nach der letzten TTIP-Verhandlungsrunde vorgestellt. Sie sind online einsehbar... [Fortsetzung](#)

Die Kommission stimmt 18 Programmen zur ländlichen Entwicklung zu



Die Europäische Kommission hat am 13. Februar weitere 18 Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) genehmigt. Diese Unterstützung bildet die zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und hat das Ziel für die Periode von 2014 bis

2020 die Wettbewerbsfähigkeit des EU-Agrarsektors zu verbessern, zum Landschafts- und Klimaschutz beizutragen sowie das Wirtschafts- und Sozialgefüge ländlicher Gemeinden zu stärken. Diese 18 Programme werden mit insgesamt 14,3 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt sowie zusätzlich auf nationaler bzw. regionaler Ebene mit öffentlichen Mitteln und aus privaten Quellen unterstützt. Mit den 9 im Dezember 2014 genehmigten Programmen wurden jetzt insgesamt 27 Programme angenommen (Gesamtzahl: 118 Programme), mit einem Fördervolumen von 35 Milliarden Euro...

[Fortsetzung](#)

Parlament :

Einrichtung eines Sonderausschusses zu Steuervorbescheiden



Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben am 12. Februar die Einrichtung eines Sonderausschusses beschlossen, um "Steuervorbescheide und andere Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung" in den 28 EU-Ländern zu untersuchen. Die Einsetzung einer solchen Kommission, die von den Parteivorsitzenden im Parlament initiiert wurde, schließt an eine Reihe von Untersuchungskommissionen an, welche die EU-Kommission zu Steuernachlässen für multinationale Unternehmen mit Sitz in Luxemburg, Irland, Belgien und den Niederlanden eingesetzt hatte. Der Ausschuss besteht aus 45 Mitgliedern und ist für das Erste mit einem Mandat von sechs Monaten ausgestattet. Den Vorsitz übernimmt Alain Lamassoure (EVP). Aufgabe des Ausschusses ist es Steuererleichterungspraktiken seit dem 1. Januar 1991 zu ermitteln, aber auch die Art und Weise wie die EU-Kommission bisher mit Staatshilfen umgegangen ist. Er wird ebenso die negativen Auswirkungen von "aggressiver Steuervermeidungstaktiken" auf die öffentlichen Finanzen untersuchen und etwaige Gegenmaßnahmen vorschlagen. 612 Abgeordnete stimmten für die Einrichtung des Ausschusses, bei 19 Gegenstimmen und 23 Enthaltungen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

EU-Parlament fordert Einrichtung einer Kommission zu Foltervorfällen in der EU



Die europäischen Abgeordneten haben am 11. Februar einer Resolution zugestimmt, in der sie die Mitgliedsstaaten sowie die Kommissionen für Bürgerrechte, ausländische Angelegenheiten und Menschenrechte dazu aufrufen ihren Untersuchung über Verhörpraktiken in der Europäischen Union wieder aufzunehmen. Der Antrag reagiert auf die Veröffentlichungen der Internierungs- und Verhörprogramme der CIA, die der amerikanische Senat in einem Bericht publik gemacht hatte. CIA-Agenten hatten Foltermethoden angewandt, um über die Inhaftierten an Informationen zu kommen. Birgit Sippel, Abgeordnete der deutschen Sozialdemokraten und in ihrer Partei verantwortlich für den Resolutionsentwurf äußerte sich zu dieser Frage wie folgt: "Es ist eine Schande, dass einige Mitgliedsstaaten bei diesen Verbrechen beteiligt waren, sei es indem sie geheime Internierungslager zur Verfügung stellten, sei es in dem sie die Augen beim Transport von Gefangenen auf ihrem Staatsgebiet verschlossen. Gegen die verantwortlichen Personen müssen nun Schritte eingeleitet werden"..

[Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Verkehrsdelikte: Annahme von neue Regeln für eine Stärkung der Europäischen Kooperation



Die europäischen Abgeordneten haben am 11. Februar den neuen Regeln zum grenzüberschreitenden Austausch von Verkehrssünderdaten zugestimmt. Die neue Gesetzgebung erlaubt es Autofahrer, die einen Delikt ganz egal wo in der EU begehen, zu bestrafen, auch wenn sie keine Staatsangehörigen des betroffenen Landes sind. Die Abgeordneten wünschen sich damit "eine gleiche Behandlung von allen Autofahrern" gewährleisten zu können und die "Sicherheit auf den Straßen" zu verbessern. Die neuen Regeln zum grenzüberschreitenden Datenaustausch legen fest, wie die EU-Mitgliedsländer die nationalen Fahrzeugregisterdaten bei Routinekonflikten (Alkohol und Drogen am Steuer, Geschwindigkeitsüberschreitung) austauschen. Das Abkommen muss noch vom Rat gebilligt werden. Die neuen Regeln sollen in zwei Jahren auf Großbritannien, Irland und Dänemark ausgeweitet werden, die die vorangegangene Gesetzgebung wegen einer fehlenden Rechtsgrundlage nicht angenommen hatten. Mit den verabschiedeten Änderungen schafft das Parlament aber eine neue Rechtsgrundlage (Transportsicherheit) für den Austausch von Daten. Das hatte der Europäische Gerichtshof auch am 6. Mai 2014 gefordert. Er urteilte, dass die vorangegangene Rechtsgrundlage (polizeiliche Kooperation) unrechtmäßig sei... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Rat der Europäischen Union :

Ukrainisch-Russischer Konflikt: Neue Sanktionen gegen Separatisten und Russen

Die Europäische Union hat am 16. Februar die gezielten Sanktionen



gegen Personen aus Russland und Separatisten bestätigt. Anlass ist ihre Verwicklung im Ukraine Konflikt. Auf der Sanktionsliste stehen 9 Körperschaften und 19 Personen, deren Vermögenswerte eingefroren wurden und die ein Reiseverbot in die EU erhielten. Auf der Liste stehen auch zwei stellvertretende russische Verteidigungsminister, Arkady Bakhin und Anatoly Antonov, weil sie die "Verlagerung russischer Truppen in die Ukraine unterstützt haben", wie es in der offiziellen Begründung der EU heißt. Die EU ist der Ansicht, dass die Politik der russischen Regierung, die militärisch umgesetzt wurde, die "territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine" bedroht. Moskau dementiert nach wie vor die Separatisten mit Truppen unterstützt zu haben. Der Konflikt hat bereits 5500 Todesopfer gefordert... [Fortsetzung](#)

Griechenland bleibt eine Woche um eine Verlängerung seines Hilfsprogramms zu beantragen



Die Verhandlungen zwischen Athen und der Eurozone haben sich am 16. Februar festgefahren. Die Gläubiger Griechenlands geben dem Land eine Woche Zeit um eine Verlängerung des jetzigen Hilfsprogramms zu akzeptieren. Es sei "sehr klar, dass der nächste Schritt von griechischer Seite kommen muss (...) und mit Blick auf den Kalender, muss das in dieser Woche geschehen, mehr Zeit bleibt uns nicht", erklärte Jeroen Dijsselboem, der Präsident der Eurogruppe, auf einer Pressekonferenz. Die Verhandlungen waren zuvor abrupt ausgesetzt worden, nachdem sich Griechenland weigerte eine Verlängerung des Programms zu akzeptieren. Es bleibt die Möglichkeit einer neuen Diskussion bei einer außerordentlichen Zusammenkunft der 19 Finanzminister der Eurozone am 20. Februar. Dijsselboem bekräftigte, dass eine "Verlängerung" des aktuellen Programms, das Ende Februar ausläuft, "Griechenland mehr Flexibilität erlauben würde"... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Erklärung des Rates für Allgemeine Angelegenheiten



Die 28. Minister für Europäische Angelegenheiten sind am 10. Februar in Brüssel zusammen gekommen, um sich mit der Überarbeitung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) zu befassen. Die EU soll so 21,1 Milliarden Euro an nicht in Anspruch genommenen Mittelbindungen von 2014 auf die nachfolgenden Jahre übertragen können. Diese Mittelbindungen konnten aufgrund der späten Annahme von gemeinsam von der Kommission und den Mitgliedstaaten verwalteten EU-Programmen 2014 nicht genutzt werden. Eine Einigung mit dem Europäischen Parlament über neue Regeln zur Unterbindung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung wurde ebenso verabschiedet. Das Regulierungsvorhaben nimmt die Informationen bei Geldüberweisungen ins Visier und setzt damit die Empfehlungen der Financial Action Task Force (FATF) um. Die Erklärung des Arbeitsprogramms der Kommission für 2015 wurde ebenso verabschiedet. Die in der Strategieagenda festgelegten Initiativen, welche der Rat im Juni 2014 verabschiedete, haben darin Priorität... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Diplomatie :

Einigung bei Waffenstillstandsverhandlungen in Minsk



Der französische, russische und ukrainische Präsident sowie die deutsche Kanzlerin haben in Minsk ein Friedensabkommen für die Ostukraine verhandelt. Nach einem 17-stündigen Verhandlungsmarathon kamen sie in der Nacht vom 11. auf den 12. Februar zu einer Einigung. Am 15. Februar Mitternacht soll ein Waffenstillstand in Kraft treten. Der Vertrag sieht ebenso einen Rückzug aller schweren Waffen und Kriegsgeräte in eine vergrößerte Pufferzone vor (zwischen 50 und 70 km groß, gegenüber den 30 km aus dem vorangegangenen Minsker Abkommen). In einer gemeinsamen Abschlusserklärung bekräftigten alle Staatschefs, dass sie sich für einen Erhalt der territorialen Integrität der Ukraine einsetzen wollten. Die Einigung ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden, für die Ukraine ist er somit eine große Chance. Denn auch die Separatisten unterzeichneten in parallel laufenden Diskussionen eine Roadmap, die Frieden in der Konfliktzone verspricht... [Fortsetzung](#)

Dialog zwischen Serbien und dem Kosovo: Vertragsunterzeichnung zum Justizsystem



Nach einer langen politischen Blockadehaltung im Kosovo haben Belgrad und Pristina am 9. Februar in Brüssel ihren Dialog wieder aufgenommen. Trotz äußerst zähen Verhandlungen zwischen Serbien und dem Kosovo einigten sich die Premierminister der beiden Länder,

Aleksandar Vučić und Isa Mustafa, auf eine Vereinbarung zum Justizsystem. Europas Chefdiplomatin Federica Mogherini würdigte den guten Willen der beiden Beteiligten den Dialog weiter fortzusetzen und aufgeschobene Fragen zu regeln. Die EU konnte damit einen ersten Erfolg hin zu einer Normalisierung der Beziehungen verbuchen...

[Fortsetzung](#)

Europäische Agenturen :

Erfolgreicher Testflug für europäischen Raumbegleiter IXV



Der Prototyp des europäischen Raumbegleiters IXV (Intermediate eXperimental Vehicle) ist am 11. Februar in Französisch-Guayana gestartet und landete 100 Minuten später erfolgreich im Sinkflug im Pazifik. Der Erfolg dieser Mission ist eine Premiere für die Europäische Weltraumorganisation (ESA). Sie wollte damit testen, ob ihr der Wiedereintritt in die Erdatmosphäre gelingt, was bisher nur Russland und Amerika technologisch beherrschen. Mit diesem Erfolg ist Europa nun aber Teil des kleinen Kreises, der die Kapazitäten für Wiedereintrittsmanöver besitzt. "Die Mission ist komplett nach Plan abgelaufen. Es hätte nicht besser sein können", freute sich ESA-Direktor Jean-Jacques Dordain... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Deutsche Exporte erreichen 2014 neues Rekordhoch



Die deutsche Statistikbehörde hat am 9. Februar einen Bericht zum deutschen Handel im Jahr 2014 veröffentlicht. Die Exporte erreichten eine Summe von 1133,6 Milliarden Euro, was einen Anstieg um 3,7% verglichen mit dem Vorjahr bedeutet. Die Importe stiegen um 2% auf 916,5 Milliarden Euro. Damit verzeichnet die deutsche Handelsbilanz einen Überschuss von 217 Milliarden Euro für das Jahr 2014, was Landesrekord ist. Mehr als die Hälfte der Ausfuhren gingen in Länder der EU, mit einem Gesamtbetrag von 657,3 Milliarden Euro (+5,4%). Der Handelsanteil mit den Ländern der EU ist bei den Importen sogar noch wichtiger, mit einem Gesamtvolumen im Wert von 600 Milliarden Euro (+3,6%) repräsentieren diese 65% der gesamten Einfuhren. Die stärksten Exportzuwächse wurden in Ländern außerhalb der Eurozone verzeichnet, mit einem Anstieg von 10,2%. Der schwache Euro scheint dem Außenhandel Deutschlands zugute zu kommen... [Fortsetzung](#)

Kroatien :

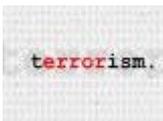
Amtseinführung der kroatischen Präsidentin



Die kroatische Präsidentin Kolinda Grabar-Kitarovic hat als erste Frau an der Spitze Kroatiens am 15. Februar an die nationale Einheit des Landes appelliert, um die Wirtschaft des Landes wiederzubeleben. Anlass dafür war die Einführungszeremonie zu ihrem Amtsantritt in Zagreb. "Nur wenn wir zusammenstehen, können wir auch ein besseres Kroatien bauen, (...) wir brauchen eine nationale Einheit bei all den strategischen Aufgaben, die vor uns liegen". Damit meine sie die Schaffung eines wirtschaftlichen Aufschwungs, sagte Grabar-Kitarovic in ihrer ersten Rede. Die neue kroatische Präsidentin legte den Amtseid in einer großen Antrittszeremonie vor mehreren hundert Personen ab. Auch der serbische Premierminister Aleksandar Vulcic war anwesend, was als Zeichen für eine Entspannung in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern gewertet werden kann... [Fortsetzung](#)

Dänemark :

Dänemark von zwei Terroranschlägen heimgesucht



Dänemark ist am 14. Februar zum Ziel von zwei Anschlägen geworden, die zwei Menschenleben kosteten und mehrere Personen verletzten, darunter auch Polizisten. Ein erster Anschlag hatte das Kulturzentrum in Kopenhagen ins Visier genommen, wo gerade eine Diskussion zum Thema "Kunst, Blasphemie und Freiheit" stattfand. Auf der Konferenz war auch der schwedische Künstler Lars Vilks vertreten, Urheber einer Mohamed-Karikatur, die ihm Morddrohungen eingetragen hatte. Es folgte eine Schießerei, bei der eine Person im Außenbereich starb. Nach Angaben dänischer Medien handelt es sich bei dem Opfer um den Regisseur Finn Norgaard. Mitten in der Nacht kam es anschließend zu einer weiteren Schießerei vor einer Synagoge, wo gerade 80 Personen an einer Konfirmation teilnahmen. Ein Mann, der für die Sicherheit des Gebäudes zuständig war, starb. Der Attentäter der beiden Anschläge wurde von der Polizei verfolgt und kam bei einem Schusswechsel ums Leben, nachdem er das Feuer eröffnet hatte. Es handelt sich um einen 22 Jährigen Dänen, der den

Sicherheitsdiensten wegen Gewaltdelikten bereits bekannt war. Nur zwei Monate nach den Anschlägen von Paris, rufen die Anschläge traurige Erinnerungen wach. Wieder steht die Frage im Raum, wie man sich gegen den Terrorismus schützen kann...

[Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Frankreich :

Frankreich unterstützt Sicherheit in Ägypten



Die ägyptischen Behörden haben am 12. Februar ihre Absicht bestätigt 24 Kampfflugzeuge vom Typ Rafale und eine multi-einsatzfähige Fregatte sowie dazugehörige Ausrüstung zu erwerben. Diese Ausstattung erlaubt es Ägypten für seine eigene Sicherheit zu sorgen und seiner Rolle als regionale Stabilitätsmacht gerecht zu werden. Unterzeichnet wurde der Vertrag am 16. Februar in Kairo, zusammen mit dem französischen Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian... [Fortsetzung](#)

Niederlande :

Biologische Landwirtschaft auf Höhenflug in den Niederlanden



Die Vereinigung Bionext hat am 11. Februar bekannt gegeben, dass der Export von Biolandwirtschaftsprodukten in den Niederlanden im Jahr 2014 um 11% zugenommen hat. Der Biolandwirtschaftssektor schließt 3600 Unternehmen ein. Ihre Exporte sind um 928 Millionen Euro angestiegen (2012 waren es 826 Millionen Euro). Die holländische Landwirtschaftsministerin kam am 11. Februar nach Nürnberg zur BIOFACH, der größten Messe für Biolebensmittel weltweit, um diese Zahlen bekanntzugeben. Sie bekräftigte, dass die Nachfrage der Verbraucher nach Produkten mit einer besseren Qualität und mehr Schutz für Umwelt und Tiere auf dem Vormarsch sei. Zum größten Teil käme die Nachfrage aus Nachbarländern und besonders aus Deutschland, wohin 40% der Ausfuhren gehen... [Fortsetzung](#)

Rumänien :

Rede des rumänischen Präsidenten vor dem Parlament



Der rumänische Präsident Klaus Johannis hat am 9. Februar eine Rede vor dem Parlament gehalten. Er erinnerte das Parlament daran, dass es diejenige Institution sei, die den stärksten Garanten der Demokratie darstelle. Johannis verwies aber auch auf die Notwendigkeit weiterer institutioneller Reformen. Diese müssten vor allem die lokalen Wahlen und Gesetzgebung, die Stimmabgabe von Auslandsrumänen und die Parteien- und Wahlkampffinanzierung betreffen. Der rumänische Präsident betonte auch, dass mehr Transparenz und Kontrolle der Parteien sowie ein Kampf gegen Korruption notwendig sei. Schlussendlich wünschte sich Klaus Johannis auch, dass die Zahl der Parlamentarier aus Effizienzgründen reduziert wird... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Frankreichbesuch des rumänischen Präsidenten



Für seinen ersten offiziellen Staatsbesuch, ist der rumänische Präsident Klaus Johannis am 10. Januar nach Paris gekommen, wo er auf seinen französischen Amtskollegen Francois Hollande traf. Bei einem gemeinsamen Mittagessen diskutierten sie Rumäniens Beitritt in den Schengenraum, die Situation in Moldawien und der Ukraine sowie die Situation der Roma-Bevölkerung in Frankreich. Der französische Präsident zeigte sich "zuversichtlich", dass der Besuch des rumänischen Präsidenten die Entwicklungen zwischen Frankreich und Rumänien weiter vorantreiben wird. "Auf kultureller Ebene stehen wir in engem Austausch und verfolgen viele gemeinsame Projekte. Und 2018, wenn das moderne Rumänien sein 100-Jähriges Bestehen feiert, wird Frankreich tatkräftig an diesen Feierlichkeiten mitwirken", sagte Hollande... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Teams von IWF und Kommission zu Besuch in Bukarest



Mehrere Teams des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Kommission haben sich vom 27. Januar bis zum 10. Februar 2015 in Bukarest aufgehalten, um die Diskussion zu einem Abkommen zwischen den beiden Institutionen und Rumänien fortzusetzen. Das Abkommen betrifft hauptsächlich eine Finanzhilfe der EU-Kommission für Rumänien. Damit soll der makroökonomische Plan von IWF und Weltbank für das Land ergänzt werden. Zwar waren sich die Mannschaften einig, dass in einigen Politikfeldern die Ziele der Kommission erreicht wurden, einige andere Fragen wurden aber aufgeschoben. Sie sollen in den nächsten

Großbritannien :

Rede von David Cameron vor Unternehmen



Der britische Premierminister David Cameron hat in einer Rede vor der britischen Handelskammer einen detaillierten und langfristigen Wirtschaftsplan für das Land vorgelegt. Er schilderte darin Großbritanniens Platz in der Welt und unterstrich, wie wichtig eine enge Partnerschaft zwischen Regierung und britischen Unternehmen

sei... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

Fragiler Waffenstillstand in der Ukraine



Der Waffenstillstand, auf den man sich am 12. Februar in Minsk geeinigt hatte, ist am 15. Februar offiziell in Kraft getreten. Den internationalen Beobachtern zufolge wird er weitestgehend eingehalten, nur in der Stadt Debalzewe gibt es Bedenken. Dort werden seit Wochen erbitterte Kämpfe ausgetragen. Als der Vertrag von Minsk unterzeichnet wurde, hatten die Rebellen die Stadt umstellt. Jetzt haben sie ihre Offensive trotz Waffenstillstand fortgesetzt. Diese strategisch wichtige Stadt, inmitten der Pufferzone, wurde seit dem Waffenstillstand um die zehnmal bombardiert, so der Sprecher der ukrainischen Armee Anatoly Stelmach. Die Rebellen verweigerten den Beobachtern der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) außerdem den Zugang zur Stadt. Die Organisation soll die Waffenruhe in der Pufferzone überwachen... [Fortsetzung](#)

Erklärung der G7 Führer zur Ukraine



Die G7-Staaten sind trotz dem am 15. Februar in Kraft getretenem Waffenstillstand weiterhin mit der Situation im Osten der Ukraine beschäftigt. Sollte das Minsker Friedensabkommen vom 12. Februar nicht respektiert werden, seien sie bereit neue Sanktionen aufzulegen. Konkret hieß es seitens der G7, dass man die "Situation in der Ukraine als sehr ernst erachtet" und wies darauf hin, dass "alle Parteien sich streng an die Vereinbarungen" des Minsker Ankommens halten müssten. Die Staats- und Regierungschefs der G7 brachten auch ihre Unterstützung für die Vereinbarung zwischen der Ukraine und dem IWF zum Ausdruck. Beide Seiten hatten sich am 12. Februar auf ein neues wirtschaftliches Reformprogramm verständigt, das durch einen vergrößerten Kreditrahmen des IWF unterstützt wird... [Fortsetzung](#)

Petro Poroschenko im Europäischen Rat empfangen



Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates, hat den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko am 12. Februar zum Europäischen Rat in Brüssel eingeladen. Der ukrainische Präsident dankte bei dieser Gelegenheit den europäischen Staatsführern für ihre geschlossene Unterstützung der Ukraine. Er informierte die Europäer aber auch darüber, dass die Separatisten ihre Offensive trotz Waffenstillstand fortsetzen. In Bezug auf die Waffenruhe vom 15. Februar bat Poroschenko die Regierungschefs darum, den Druck und die Sanktionen auf Russland aufrecht zu erhalten, für den Fall dass die Offensive weiter andauert. Der ukrainische Präsident traf sich am Rande auch mit dem britischen Premierminister David Cameron und dem EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude-Juncker. Dabei wurde eine noch engere Partnerschaft mit Visaerleichterungen für die Ukraine und eine weitreichende makroökonomische Hilfe diskutiert... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

IWF kündigt zusätzliche Hilfe von 15,5 Milliarden Euro für die Ukraine an



Die Generaldirektorin des IWF, Christine Lagarde, hat am 12. Februar bekanntgegeben, den Kreditmechanismus auf 15 Milliarden zu erhöhen, um neue wirtschaftliche Reformprogramme in der Ukraine zu fördern. Diese neue Vereinbarung über einen Zeitraum von vier Jahren erlaube es der Ukraine "ehrzeigige politische Reformen anzugehen und auf mittlere Sicht zu einem robusten Wachstum sowie zu einer Verbesserung der Lebenssituation des ukrainischen Volkes zu kommen". Christian Lagarde gab sich zuversichtlich über die Aussichten für dieses Hilfsprogramm: Man werde Nachweise für die Reformanstrengungen einfordern und sichergehen, dass die internationale Unterstützung im vorgesehenen Rahmen verlaufe... [Fortsetzung](#)

Schweiz :

Neue Einwanderungsregeln in der Schweiz



Die Schweiz wird die Zuwanderungskontingente für einen Aufenthalt über vier Monate beschränken, das hat die Regierung am 11. Februar bei ihrem wöchentlichen Zusammenkommen beschlossen. Das Freizügigkeitsabkommen mit der EU soll angepasst werden. Nach Angaben von Simonetta Sommaruga, der Präsidentin der Schweizer Konföderation, wird die Schweiz alles tun, damit die "Quadratur des Kreises gelingt": Den Willen des Volkes zu respektieren, dass sich am 9. Februar für die Einwanderungsbeschränkung und die Einführung von Quoten aussprach, und einen neuen Vertrag mit Brüssel auszuhandeln, da der alte einen solchen Schritt verbietet. Ein Gesetzesentwurf wurde zudem vorgelegt, der folgende - von den Wählern bereits 2014 gebilligte - Passage enthält: "Für alle Einreisende werden von 2017 an feste Kontingente vergeben, bei allen Aufenthalten von mehr als vier Monaten ist zudem eine Arbeitserlaubnis notwendig.".. [Fortsetzung](#)

Swiss Leaks: System der Steuerhinterziehung aufgedeckt



Das Internationale Konsortium Investigative Journalisten hat die Namen von 100.000 Kunden der Schweizer Zweigstelle von HSBC bekanntgegeben, die ihr Geld in Steuerparadiesen versteckt haben. Die an diesen Ermittlungen beteiligten Journalisten deckten ein riesiges System von Steuerhinterziehung auf, das nun unter dem Namen SwissLeaks firmiert. Sie stützen sich dabei auf eine geheime Liste an Bankkonten, die der Informant Hervé Falciani, ein ehemaliger Angestellter der HSBC Bank, anbot. Diese Enthüllungen von Steuerhinterziehung und Geldwäsche im großen Stil sind die bisher größten Anschuldigungen gegen die Methoden der Schweizer Banken... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Handelsüberschuss von 194,8 Milliarden Euro in der Eurozone



Nach ersten Schätzungen von Eurostat, die am 16. Februar veröffentlicht wurden, beläuft sich der Handelsüberschuss Europas mit dem Rest der Welt auf 194,8 Milliarden Euro in der Eurozone und 24,2 Milliarden in der gesamten EU. Mit einem Plus von 24,3 Milliarden Euro im Dezember 2014 hat sich der internationale Güterhandel der Eurozone mit dem Rest der Welt verglichen mit dem Vorjahresniveau (2013: 13,6 Milliarden) beinahe verdoppelt... [Fortsetzung](#)

Die EU ist Nettoinvestor im Rest der Welt



Die Daten zu Direktinvestitionen im Ausland haben gezeigt, dass sich Bestände der EU im Rest der Welt im Jahr 2013 auf 4900 Milliarden Euro beliefen. Im Gegenzug besitzt der Rest der Welt nur Bestände im Wert von 3778 Milliarden Euro in der EU. Damit hat die EU einen großen Posten an Nettoinvestitionen verglichen mit dem Rest der Welt. Die USA sind das Land mit den größten europäischen Direktinvestitionen (34%, 1686 Milliarden Euro). Im Gegenzug sind sie aber auch der größte Investor in Europa (1652 Milliarden Euro, 44% aller ausländischen Direktinvestitionen der USA fließen in die EU). Die Schweiz, Brasilien und Kanada sind die weiteren Hauptempfängerländer von europäischen Direktinvestitionen (jeweils 14%, 6% und 5%)... [Fortsetzung](#)

Eurobarometer :

Europäer sind besorgt über Anstieg der Cyberkriminalität



Eine Umfrage von Eurobarometer hat ergeben, dass Internetnutzer immer häufiger Opfer von Cyberkriminalität werden. Die Studie erschien anlässlich des Tages für mehr Sicherheit im Internet ("Safer Internet Day"). 85-Prozent der Befragten stimmten demzufolge zu, dass sich das Risiko Opfer einer Cyberattacke zu werden, erhöht hat (Diebstahl von Personendaten, Hacken von Sozialen Netzwerkzugängen und Email-Postfächern, Betrug beim Online-Banking). Dimitris Avramopoulos, zuständiger Kommissar für Migration und innere Angelegenheiten, erklärte dazu: "Unser Ziel ist es ein sichereres Internet für alle Nutzer zu schaffen, indem alle Formen von Cyberkriminalität bekämpft werden". Ein europäisches Abwehrzentrum gegen Cyberkriminalität hatte man bereits im Januar 2013 im Rahmen von Europol gegründet... [Fortsetzung](#)

Parlamentsumfrage 2014: Bürger nehmen EU-Angelegenheiten immer ernster



Das Europäische Parlament hat am 13. Februar eine Umfrage für das Jahr 2014 veröffentlicht, die im Kontext der Wahlen vom vergangenen Mai und dem Amtsantritt der Kommission Juncker erhoben worden ist. Von 27801 befragten europäischen Bürger glauben 63%, dass die Berücksichtigung des Wahlergebnisses bei der Wahl des Kommissionspräsidenten einen demokratischen Fortschritt darstellt. 18% sind anderer Meinung und 19% haben dazu keine Ansicht. Insgesamt glauben 54% (+4%), dass die EU auf einem guten Weg sei. Die Kenntnisse der europäischen Institutionen und des europäischen Parlaments bleiben der Studie zufolge aber beschränkt. 67% der Befragten fühlen sich beispielsweise nicht ausreichend über Arbeit und Aktivitäten des EU-Parlaments informiert... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

Eurostat legt Jahresbericht zur Gleichheit von Männern und Frauen vor



Der Eurostat hat am 12. Februar seinen Bericht zur Gleichheit von Männern und Frauen veröffentlicht, in dem er auf die Auswirkung der Strategie zur Geschlechtergleichstellung für 2014-2017 aufmerksam macht. Diese trage dazu bei die Unterschiede de jure und de facto abzubauen. Außerdem ruft sie den Mitgliedstaaten immer mehr in Erinnerung, wie wichtig es die "Geschlechtergleichstellung bei ihren Vorhaben und Maßnahmen zu berücksichtigen". Ein Erfolg des Jahres 2014 war beispielsweise das Inkrafttreten des Übereinkommens zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, die auch von UN Women als absolute Norm angesehen wird und zudem den "Vision Award 2014" verliehen bekam. Nichtsdestotrotz gilt es weiterhin zahlreiche Defizite zu beheben, wie das häufige Bemühen von Geschlechterstereotypen oder sexistisches Verhalten, das Berufschancen von Frauen beeinträchtigt. Und nicht zuletzt bleibt geschlechterspezifische Gewalt nach wie vor ein dringliches Problem. Der Eurostat appelliert deshalb an die Staaten ihre Anstrengungen für mehr Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu verdoppeln... [Fortsetzung](#)

Jährlicher Bericht der Europäischen Verteidigungsagentur



Die Europäische Verteidigungsagentur (EVA) hat am 10. Februar ihren jährlichen Bericht über ihre Aktivitäten im Jahr 2014 veröffentlicht. Der Bericht informiert über die Tätigkeiten der Agentur im vergangenen Jahr und betont die Fortschritte beim Aufbau einer "europäischen Verteidigungsstruktur" in Schlüsselprogrammen und Kernprojekten. Der Bericht verweist auch auf die Prioritäten, welche die Staats- und Regierungschefs der EU für den Verteidigungsbereich im Europäischen Rat vom Dezember 2013 festgelegt hatten. Darunter fallen: die Weiterentwicklung von Kapazitäten, die militärische Kooperation, Forschung und Entwicklung sowie die Industrie und der Markt für Verteidigungsgüter. In ihrem Bericht entwickelt die EVA aber auch neue Vorschläge für eine "Verstärkung und Förderung der Kooperation, ebenso wie ein größere Anstrengungen bei bestehenden Programmen, etwa der Ausbildung, Übung, Standardisierung, Forschung und Entwicklung". Das Dokument enthält auch die aktuellen Zahlen und Sachverhalte der Agentur für das Jahr 2014... [Fortsetzung](#)

Französische Rechnungshof veröffentlicht seinen Bericht für 2015



Der französische Rechnungshof hat am 11. Februar seinen jährlichen Rechnungsbericht vorgelegt, der eine Reihe von Beobachtungen und Empfehlungen für die öffentlichen Finanzen des Landes bereithält. Der Rechnungshof äußerte Zweifel über das von der Regierung auf 4.1% geschätzte öffentliche Defizit für Ende 2015. Einerseits hätte das öffentliche Defizit bereits 2014 abnehmen müssen, es war aber trotzdem gestiegen (von 4.1% 2013 auf 4.4% 2014). Andererseits schätzt der Präsident des Rechnungshofes, Didier Migaud, die Risiken bei der Wirtschaftsprognose (besonders die 21 Milliarden Euro an angekündigten Einsparungen) ebenso wie bei den Steuereinnahmen als beträchtlich ein (die schwache Inflation könnte den Betrag minimieren: Der Haushalt für 2015 geht nämlich noch von einer Inflationsrate von 0,9% aus, wohingegen die Kommission diese bereits bei Null sieht). Migaud appellierte deshalb die Anstrengungen bei den öffentlichen Finanzen zu verstärken: Ein Anwachsen der öffentlichen Ausgaben um 1.1% gelte es unbedingt zu vermeiden, ebenso müsste man die Ausgaben für Gesundheit und lokale Verwaltung in den Griff bekommen... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Paul Gauguin Ausstellung in der Stiftung Beyeler

FONDATION BEYELER Die Stiftung Beyeler mit Sitz im schweizerischen Bâle präsentiert noch bis zum 28. Juni eine Ausstellung des französischen Malers Paul Gauguin. Die Ausstellung kann mit den 50 Hauptwerken von Gauguin aufwarten, die aus renommierten Museen und Privatsammlungen weltweit kommen. Vor allem Gauguins weltbekannte, in Tahiti entstandene Bilder stehen im Vordergrund: In idyllischen Landschaften erscheinen dort sinnliche Frauengestalten, oft von symbolhaften Tieren begleitet. In ihnen feiert der Künstler seine Idealvorstellung von einer unversehrten exotischen Welt und verbindet darin Natur und Kultur, Mystik und Erotik, Traum und Wirklichkeit auf harmonischste Weise. Neben Gemälden präsentiert die Ausstellung auch eine Auswahl rätselhafter Skulpturen Gauguins, welche die damals schon weitgehend verschwundene Kunst der Südsee lebendig werden lassen... [Fortsetzung](#)

Melgaard und Munch im Osloer Munch-Museum



Das Osloer Munch Museum, welches im Besitz von 1100 Munch Gemälden ist, stellt noch bis zum 12 April die Werke von Bjarne Melgaard, einem zeitgenössischen norwegischen Künstler aus. Die Ausstellung versucht die Werke der beiden Künstler einander gegenüberzustellen. Beide behandelten ähnliche Themen, von der Ideologie- bis hin zur Sozialkritik. Ihre ganz eigene und persönliche Art mit Themen wie Sexualität, Tod, Einsamkeit und Entfremdung umzugehen, bezeugen aber zwei unterschiedliche Erfahrungsweisen der Moderne. Das betrifft vor allem die Darbietungsform, weil die Werke von Bjarne Melgaard von der Malerei zum Video übergehen, dabei aber auch die Fotografie streifen. Mit der Gegenüberstellung der beiden Werke versucht die Ausstellung den Kern der Projekte von Munch und Melgaard freizulegen. Obwohl beide unterschiedliche Motive und Techniken verwenden, so kreisen sie doch um dieselbe Kritik der modernen Zivilisation... [Fortsetzung](#)

Siegerliste des World Press Photo 2015



Das Komitee für das 58. World Press Photo hat am 12. Februar seine Siegerliste bekanntgegeben: Der erste Preis geht an Mads Nissen, einen dänischen Fotojournalisten, für ein Foto, mit dem er die Diskriminierung von Homosexuellen in Russland thematisiert. Der Wettbewerb hat es sich zum Ziel genommen Fotojournalisten in ihrer Arbeit zu ermutigen. Außerdem soll eine Verbindung zwischen ihnen und der breiten Öffentlichkeit hergestellt werden. 2015 wurden 97 912 Bilder von 5692 Fotojournalisten aus 132 Ländern eingereicht. Offiziell präsentiert wird die Siegerliste für 2015 im April in Amsterdam... [Fortsetzung](#)

Sieger der 65. Filmfestspiele in Berlin



Die Jury der 65. Berlinale hat am 15. Februar die Preise vergeben. Der goldene Bär, der Preis für den besten Film, geht in diesem Jahr an den iranischen Kinodissidenten Jafar Panahi für seinen Film "Taxi". Der Film begleitet einen Taxifahrer, wie er in Teheran herumirrt, und zeichnet so ein Porträt der iranischen Gesellschaft. Die Wahl des Siegers kann daher auch als starkes politisches Statement gesehen werden... [Fortsetzung](#)

Festival Reims Scènes d'Europe



Das Festival Reims Scènes d'Europe, das von den Bürgern von Reims organisiert wird, findet noch bis zum 21. Februar statt. Wie in jedem Jahr, so wird es wieder an verschiedenen Orten der Stadt für zwei Wochen an die 50 künstlerische Veranstaltungen geben: Von Theater und Tanz bis hin zu Musik und Performancekunst sowie öffentlichen Vorstellungen. Weil sich der Beginn des 1. Weltkrieges zum 100. Mal jährt, wird das Festival auch an diesen Konflikt erinnern, der Europa traumatisierte und "den Wunsch nach einem für immer währendem Frieden" hervorbrachte - also genau das, was man heute unter dem europäischen Integrationsprozesse versteht... [Fortsetzung](#)

Agenda :



16. Februar

Brüssel

Zusammenkunft der Eurogruppe

Feb

17
Feb

17. Februar
Brüssel
Rat für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten

18
Feb

18. Februar
Frankfurt
Direktorium der EZB

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly, Helen Levy ; Guillaume Anglars, Romain Denninger, Flora Dumont,
Noémie Rossi, Francesca Tortorella

Chefredakteur : Charles de Marcilly
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}